

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	11
Literaturverzeichnis	13
1. Teil: Zur Rechtswirklichkeit erstinstanzlicher Strafverfahren – Eine Datenerhebung bei 22 Landgerichten	15
1. Zum Hintergrund der Datenerhebung	15
1.1 Jahrestagung der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der Oberlandesgerichte, des Kammergerichts und des Bundesgerichtshofs im Mai 2008	15
1.2 Beteiligung der Richterräte - Anonymisierte Darstellung	17
2. Zum Umfang der Datenerhebung	18
2.1 Zur Art der erfassten Verfahren	18
2.2 Zur Gesamtzahl der erfassten Verfahren	19
2.3 Zum zeitlichen und örtlichen Umfang der Datenerhebung	19
2.4 Zur Einteilung der Verfahren	21
2.5 Zur Art der erfassten Daten	28
2.6 Zur Erfassung der Schwierigkeitsgrade von Verfahren	33
2.7 Zur Auswertung	35
3. Zu den Ergebnissen der Datenerhebung	36
3.1 Überblick über die Größe der beteiligten Landgerichte, die Anzahl der erfassten Verfahren und die Anzahl der eingesetzten Richterarbeitskräfte	36
3.2 Verfahrensdauer	47
3.2.1 Laufzeiten	48
3.2.2 Anzahl und Dauer der Hauptverhandlungstage	56
3.2.3 Vollstreckungsabschlag	66
3.3 Mögliche Ursachen für die unterschiedlichen Verfahrensdauern und den unterschiedlichen Personaleinsatz	70
3.3.1 Prozentuales Verhältnis der verhandelten zu den nicht verhandelten Verfahren	70
3.3.2 Anteil der Haftsachen	74

Inhaltsverzeichnis

3.3.3 Schwierigkeit der Verfahren	76
3.3.4 Kammerbesetzung	78
3.3.5 Aktenumfang	85
3.3.6 Befangenheitsanträge	89
3.3.7 Verteidiger pro Verfahren	93
3.3.8 Zeugen pro Verfahren	97
3.3.9 Dolmetschertage pro Verfahren	103
3.3.10 Nebenklage	106
3.3.11 Anzahl sonstiger Anträge pro Verfahren	110
3.3.12 Anzahl Telefonüberwachungen	116
3.3.13 Selbstleseverfahren	119
Zusammenfassung der Fakten:	123
2. Teil: Schlussfolgerungen	129
1. Schlussfolgerungen der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der Oberlandesgerichte	129
1.1. Gesetzgebungsvorschläge 2010	129
1.1.1 Recht der Befangenheitsanträge	129
1.1.2 Recht der Pflichtverteidigung	130
1.1.3 Beweisantragsrecht	130
1.1.4 Der gesetzliche Richter	131
1.1.5 Einheitsstrafe	132
1.2 Gesetzgebungsvorschläge 2015	132
1.3 Gesetzgebungsvorschläge 2016 - 1. Bundesweiter Strafkammertag	137
1.3.1 Bundesweiter Strafkammertag am 16.02.2016 in Hannover	138
1.3.2 68. Jahrestagung im Mai 2016 im Saarland	142
2. Schlussfolgerungen auf Verwaltungsebene	143
2.1 Tauglichkeit der herkömmlichen Personalbedarfsberechnung (PEBB§Y)	143
2.2 Tag der Präsidien am 10.07.2014 in Celle	147
3. Eigene Schlussfolgerungen	148
3.1 Die Lage der Wirtschaftsstrafkammern ist besorgniserregend	148

3.2 Die großen Unterschiede zwischen den Landgerichten erfordern einen flexiblen Personaleinsatz und ein hohes Maß an Feinststeuerung	149
3.3 Gesetzgeberische Maßnahmen	150
3.3.1 Zum gesetzlichen Richter	151
3.3.2 Im Bereich der Verfahrensregelungen	154
3. Teil: Fazit	160
Anhang: Änderungen der Geschäftsverteilung im laufenden Geschäftsjahr - oder: Der Drahtseilakt zwischen Beschleunigungsgebot und gesetzlichem Richter	161
1. Zur Feststellung der Überlastung	162
1.1. Definition	162
1.2. Parallelität zu § 121 StPO	163
a) Nicht nur kurzfristige Überlastung - 3-Monats- Faustregel?	164
b) Terminierungsdichte	167
1.3. Verhandlung mit Vertretern	168
2. Maßnahmen des Präsidiums nach § 21 e Abs. 3 GVG	170
a) Bestellung eines weiteren zeitweiligen Vertreters	171
b) Abhängen vom Turnus (oder vergleichbare Maßnahmen)	171
c) Zuweisung eines weiteren Richters an die überlastete Kammer	172
d) Ableitung von Verfahren	172
e) Bildung einer Hilfsstrafkammer	174
f) Hilfsstrafkammer unter Heranziehung von Zivilrichtern	175
g) Bildung einer neuen ordentlichen Strafkammer	176
h) Zeitpunkt der Maßnahme	176
i) Rückübertragung bei Wegfall der Überlastung?	177
3. Fazit	177